

presse

Google ermöglicht pseudonyme Nutzung des sozialen Netzwerkes Google+

Anlässlich der Erklärung von Google, nun doch eine pseudonyme Nutzung des sozialen Netzwerkes Google+ zu ermöglichen, erklärt der netzpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Lars Klingbeil:

Der von Google wie auch von Facebook lange Zeit geforderte Klarnamenzwang wurde vor allem seitens der Nutzer und seitens der Netzgemeinschaft kritisiert. Die SPD-Bundestagsfraktion begrüßt die heutige Entscheidung von Google, dass demnächst eine pseudonyme Nutzung des sozialen Netzwerkes Google+ möglich sein soll, ausdrücklich, sagt Lars Klingbeil.

Google hat heute angekündigt, dass der Klarnamen-Zwang für die Nutzung des sozialen Netzwerkes Google+ wegfallen und dass demnächst eine pseudonyme Nutzung möglich sein soll. Dabei hat Google eingeräumt, dass es viele begründete Fälle gibt, in denen die Nutzung von Pseudonymen sinnvoll sein kann. Die SPD-Bundestagsfraktion begrüßt diese Entscheidung ausdrücklich.

Der von Google wie auch von Facebook lange Zeit geforderte Klarnamenzwang wurde vor allem seitens der Nutzer und seitens der Netzgemeinschaft kritisiert. In einem offenen Brief von Netzpolitikern aller Fraktionen und von Netzaktivisten wurde Google aufgefordert, diese Praxis zu überdenken und zumindest eine pseudonyme Nutzung zu ermöglichen, wie es im geltenden deutschen Recht ausdrücklich vorgesehen ist. Die anonyme oder pseudonyme Nutzung ermöglicht es den Bürgerinnen und Bürgern, im Einzelfall und nach ihrem eigenen Dafürhalten eine Meinung frei artikulieren zu können, ohne Ächtung und Nachteile befürchten zu müssen. Dies ist essenziell für die freie Meinungsbildung in einer Demokratie. Ferner bietet die pseudonyme Nutzung Bürgern in totalitären Staaten gewissen Schutz vor Repressionen.

Auch wenn eine Antwort von Google auf diesen offenen Brief noch aussteht: Die heutige Entscheidung, eine pseudonyme Nutzungsmöglichkeit zu ermöglichen, ist richtig und wichtig. Dies ist auch ein großer Erfolg der Netzaktivisten in Deutschland und ihrer gemeinsamen Initiative.